

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 28. Oktober 2011 · Nr. 251/43 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER 2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

„Renten werden stärker erhöht als erwartet“

ENN. BERLIN, 27. Oktober. Die Bezüge der mehr als 20 Millionen deutschen Rentner könnten im nächsten Sommer deutlich stärker steigen als bisher erwartet. Nach derzeitigem Stand ist im Westen mit einem Plus von 2,3 Prozent zu rechnen, im Osten von 3,2 Prozent. Dies kündigte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Rische, am Donnerstag in Würzburg an. Eine endgültige Entscheidung über die Rentenpassung fällt die Bundesregierung indes erst im Frühjahr, wenn alle nötigen Wirtschaftsdaten vorliegen. Sollten sich die Prognosen bestätigen, erhielte ein Rentner nach 45 Beitragssjahren im Durchschnitt einen Zuschlag von monatlich knapp 28,50 Euro im Westen und 35 Euro im Osten. Der überraschend hohe Rentenzuschlag ist auf die gute Lohnentwicklung sowie den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor zurückzuführen, der in der Rentenformel das veränderte zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beitragsszahlen und Rentnern abbildet. Er wird die Rentenpassung 2012 um etwa zwei Prozentpunkte steigern. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

Heute

Ehrbare Kaufleute

Die Enthüllungen über eine Lustreise von Versicherungsvertretern hat dem Ruf der Branche geschadet. Das Vertrauen der Verbraucher ist ein hohes Gut. Wirtschaft, Seite 22

Enttäuschte Usbeken

Schon während der Pogrome in Kirgisistan vor anderthalb Jahren haben viele Usbeken das Land verlassen. Den Exodus wird auch die Präsidentenwahl am Sonntag nicht beenden können. Politik, Seite 6

Kulturrepublik China

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschließt eine „Vertiefung der Reformen des Kultursystems“. Die Partei ist ideologisch und kulturell nicht mehr so im Volk verankert wie früher. Politik, Seite 6

Jugend ohne Perspektive

Trotz großer wirtschaftlicher Herausforderungen sucht die arabische Welt vor allem schnelle politische Stabilisierung, Reformen, die Wachstum und Arbeitsplätze brächten, bleiben aus. Wirtschaft, Seite 14

Landung des Raumschiffs

Nach langem Hin und Her findet vor den Toren Delhis der erste Grand Prix Indiens statt. Der Formel-1-Zirkus und die Inder bestaunen sich wohlwollend – verstehen sich aber nicht. Sport, Seite 31

Komplett ungefälschte Kunst

Bauschutt, Bleiminen und eine Welt, die an den Wüstenplaneten aus „Star Wars“ erinnert: Ein Dokumentarfilm begleitet den deutschen Künstler Anselm Kiefer bei der Arbeit. Feuilleton, Seite 36

Kaum Spuren

Die europäische Schuldenkrise und aufziehende Konjunktursorgen haben dem Geschäft mit deutschen Gewerbeimmobilien bislang allenfalls einen leichten Dämpfer verpasst. Immobilienmarkt, Seite 43

Mitteilung des Verlags:
Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 27 sowie 44 bis 46
6 Seiten Verlagsbeilage „Ostwestfalen-Lippe“



Was wird hier eigentlich gespielt?

Zug nach Nirgendwo – Es ist ja so eine Sache mit der Authentizität in Zeiten, in denen gerne und leider auch erfolgreich geglaubt wird, dass Menschen wie Schauspieler sind und kein Leben leben, das riecht und gelegentlich stinkt, wie Sigmar Gabriel sagen würde. Da schadet es nicht, wenn hin und wieder einmal jemand wie der in der Rolle des letzten authentischen Menschen wie eingemauerte Helmut Schmidt darauf hinweist, dass besagte Authentizität ein tiefes Bedürfnis aller jener ist, die vor lauter Lebensschau-Spielerei nicht mehr wissen, wer wer ist, und häufig auch nicht mehr, wer sie selbst sind. Ob es ihnen hilft, wenn sie Peer Steinbrück dabei zuschauen, wie er Zug um Zug Bücher mit Tamtam auf die Bühne wirft, um sich dem Publikum als politisches Supertalent zu empfehlen? Womöglich ist er ja, anders als die Seiten 8 und 9, nicht besser aufgestellt als seine weißen Figuren.

Das Kapital

Von Georg Paul Hefty

Die Rente ist nicht nur sicher, sie steigt auch noch. Das ist die Botschaft, die der Präsident der Deutschen Rentenversicherung am Donnerstag ins Land schickte. Es ist Zufall, dass die gute Nachricht gerade in den Tagen verbreitet wird, an denen landauf, landab die Sorge um die Wertabilität des Euro zum Schlager geworden zu sein scheint. Der Unterschied zwischen den beiden Blicken in die Zukunft ist beachtlich. Der Ausblick auf die Rente beruht auf Berechnungen der Rentenversicherungsanstalt, die panischen Befürchtungen hingegen quellen aus Vermutungen. Wo beide sich tatsächlich berühren (können), wäre der Punkt, an dem die Inflationsrate höher wäre als die Rentenerhöhung mit voraussichtlich 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten. Bis zum Frühjahr, wenn die Rentenerhöhung amtlich beschlossen werden muss, wird auch die Wahrheit über die Inflationsrate ans Licht gekommen sein.

Dass es Deutschland nicht schlecht geht, ist mehr noch als an der Steigerung der Renten an der wahrscheinlichen Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung abzulesen. Deren

Einnahmen werden bald so hoch sein, dass sie nicht nur die höheren Auszahlungen decken, sondern auch noch die Rücklagen so stark auffüllen, dass diese – nach der gesetzlichen Maßgabe – geradezu überlaufen, also weit mehr als eineinhalb Monate Reserve bereitstellen. Dieses Ergebnis beweist, dass die Konjunktur im EU-Mitgliedstaat Deutschland kraftvoll und relativ dauerhaft ist.

Die gegenwärtige Konstellation scheint ein wichtiges Argument für das Umlageverfahren in der staatlichen Rentenversicherung zu sein. Es ist leistungsfähig und aufs Ganze gehoben besonders widerstandsfähig gegenüber den seit mindestens vier Jahren mehr oder weniger auffälligen Wirren globalisierter Finanzmärkte. Wäre das deutsche Rentensystem in Zeiten, in denen das Hoheitsrecht der Deregulierung der Finanzwirtschaft gesungen wurde, auf Kapitaldeckung umgestellt worden, wäre jetzt die psychologische Lage im Lande noch ungleich geringer als ohnehin. Es würde die Kanzlerin gewaltige Mühe kosten, den Bürgern klarzumachen, dass deren Renten von den Turbulenzen unberührt blieben. Das Vertrauen in die Solidargemeinschaft und die Leistungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen in Deutschland sind – auf absehbare Zeit – das verlässlichste Kapital der Rentenversicherung.

Deutschland im Fokus

Von Günther Nonnenmacher

Es ist mehr als fraglich, ob viele Leute, über deren Steuergelder da entschieden wurde, verstanden haben, worüber im Bundestag am Mittwoch gesprochen und was in einer Brüsseler Nachtsitzung danach geschlossen wurde. Die Summen, um die es geht, sind so gigantisch, dass sie die Vorstellungskraft sprengen, die finanziellen Einzelheiten so kompliziert („Hebelwirkung“, „Versicherungslösung“), dass sie nur für Fachleute zu begreifen sind. Ein Effekt dieser Konzentration auf die Rettung der Gemeinschaftswährung Euro (mitamt der Nebeltöpfen, die dabei auch geworfen werden) ist es, dass politische Veränderungen, die in den vergangenen Wochen und Monaten in der EU stattgefunden haben, kaum zur Kenntnis genommen werden.

Noch am sichtbarsten waren die Auswirkungen, welche die Währungsunion als „Schicksalsgemeinschaft“ auf nationale Regierungen hat. In Irland und Portugal wurden Sparpakete aufgelegt, die sich für die Regierenden als Selbstmordprogramm erwiesen: Sie wurden abgewählt. In Spanien hat der sozialistische Regierungschef wegen der Sparanstrengungen die Parlamentswahl vorziehen müssen; sie wird ihm vermutlich das gleiche Schicksal bescheren. Die griechische Regierung, die ihren Bürgern das meiste zutun, ist faktisch entmündigt und steht angesichts innerer Unruhen mit dem Rücken zur Wand. Die slowakische Regierungskoalition ist im Streit über die Rettungspakete auseinandergebrochen. In Italien beschleunigt die Schuldenkrise das Ende der Ära Berlusconi. Andere Regierungen können sich nur deshalb über die Runnen retten, weil ihnen in nächster Zeit keine Wahlen bevorstehen; doch aufgeschoben ist – beispielweise in Frankreich – nicht aufgehoben.

Vom Gipfelnebel verdeckt hat sich auch die EU verändert, nämlich nun definitiv zu einer Gemeinschaft der zwei Geschwindigkeiten. Die Eurozone wird künftig nicht mehr nur faktisch der innere Kern der Integration sein, sie wird auch eigenständige Institutionen erhalten. Die sogenannte Wirtschaftsregierung der Regierungschefs unter dem Vorsitz des Präsidenten Van Rompuy (der formal die Verbindung zum Europäischen Rat der 27 Mitglieder herstellt), ist dabei gar nicht die entscheidende Größe. Dagegen ist ein ständiges Premium von Staatssekretären mit einem hauptamtlichen Vorsitzenden, der einen Mitarbeiterstab bekommt, zweifellos der Grundstein einer künftigen „Fiskalunion“ (Finanzminister Schäuble).

Die Regeln, die sich diese geben wird, sind in der Diskussion alle schon aufgetaucht: Das reicht von einer Härtung der Stabilitätskriterien, je national zu verankerten Schuldenbremsen bis hin zu Durchgriffsrechten und Sanktionsmöglichkeiten. Dass es über die dafür notwendigen Vertragsänderungen noch Streit ge-

Nach Brüsseler Beschlüssen Finanzmärkte erleichtert

Schuldenschnitt, Bankenrekapitalisierung, EFSF / Merkel zufrieden / Athen zuversichtlich

now. BRÜSSEL, 27. Oktober. Nach den Entscheidungen der Euroländer über ein umfassendes Paket zur Überwindung der Finanzkrise hat am Donnerstag in den EU-Hauptstädten wie auf den Finanzmärkten Erleichterung vorgeherrscht. Der in zähen Verhandlungen ausgehandelte Kompromiss sieht einen größeren Schuldenschnitt für Griechenland, eine Rekapitalisierung der daran beteiligten Banken sowie eine auf Finanzierungsvolumen von rund einer Billion Euro ausgeweitete Schlagkraft des Krisenfonds EFSF vor. Die Staats- und Regierungschefs äußerten sich in Brüssel zustimmend zu den vom italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi in Brüssel erläuterten Plänen zur Haushaltssanierung. Sie beauftragten jedoch die Europäische Kommission mit einer detaillierten Bewertung.

Über viele Einzelheiten des Pakets müssen die Finanzminister der Eurogruppe noch in den kommenden Wochen befinden. Im Dezember soll zudem EU-Ratspräsident Van Rompuy, der fortan die zweimal jährlich geplanten Gipfeltreffen der 17 Euro-Staaten leiten wird, Überlegungen zur weiteren Stärkung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit sowie der Haushaltssdisziplin im Euro-Raum vorlegen. Es gehe auch darum, die Möglichkeit „begrenzter Vertragsänderungen“ zu diesem Zweck zu prüfen, sagte Van Rompuy am Donnerstag vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) zeigte sich in Brüssel sehr zufrieden. Niemand habe erwarten können, dass sich sämtliche Probleme des Euroraums mit einem „Paukenschlag“ lösen ließen. Die europäischen Partner hätten jedoch gezeigt, dass sie die richtigen Schlüsse aus der Krise gezogen hätten. „Das ist hier ein Schritt auf dem Weg zu mehr Stabilität und einer Sta-

bilitätsunion“, sagte Frau Merkel. Der griechische Ministerpräsident Papandreu bezeichnete das Brüsseler Hilfspaket als Beginn einer „neuen Epoche“ für sein Land. „Lassen wir hoffen, dass das Schlimmste für Griechenland und Europa hinter uns liegt“, sagte Papandreu. Er könne sich allerdings nicht darauf festlegen, dass in Brüssel „die endgültige Lösung“ gefunden werden sei.

Die Aktienkurse an Europas Börsen erreichten am Donnerstag den höchsten Stand seit Anfang August. Der Euro-Kurs stieg erstmals in diesem Jahr über 1,40 Dollar. Bei Staatsanleihen verringerte sich die Schere zwischen dem Niedrigzinsland Deutschland und den Krisenstaaten Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe auch Seiten 3, 4 und 10 sowie Wirtschaft, Seiten 11, 16, 17 und 19 sowie Finanzmarkt 23 und 24.)

Milde Urteile im Kölner Kunstfälscherprozess

Sechs Jahre Haft für Wolfgang Beltracchi / Gericht: Den Tätern wurde es leicht gemacht

swka. KÖLN, 27. Oktober. Im größten Kunstfälscher-Prozess der vergangenen Jahrzehnte um die erfundenen Sammlungen Jägers und Knops sind am Donnerstag nach nur neun Verhandlungstagen am Landgericht Köln die Urteile gesprochen worden. Richter Wilhelm Kremer sprach die vier Angeklagten wegen des „gewerblichen Bandenbetrugs“ schuldig. Die Strafen fielen erwartungsgemäß milde aus, nachdem sich Staatsanwaltshaus und Verteidigung nach umfangreichen Geständnissen der Angeklagten auf ein schnelles Ende des Verfahrens verständigt hatten.

Der „Spiritus rector“ der Bande, Wolfgang Beltracchi, der zugegebene hatte, innerhalb von zehn Jahren 14 Gemälde von berühmten Künstlern der Moderne ge-

fälscht und für mehrere Millionen Euro in den Kunstmärkt gebracht zu haben, erhielt mit sechs Jahren Haft die höchste Strafe. Seine Frau Helene muss vier Jahre in Haft. Otto Schulte-Kellinghaus, der für die Vermittlung einiger Werke in den Kunstmärkt verantwortlich ist, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen werden im offenen Vollzug verbüßt, das heißt, die Verurteilten dürfen sich tagsüber frei bewegen. Helene Beltracchi, Schwester Jeanette Spurzem, die die Verhandlungen mit dem Kölner Auktionshaus Lempertz geführt hatte, erhält ein Jahr und neun Monate auf Bewährung.

Richter Wilhelm Kremer antwortete in seinem Schlusswort unmittelbar auf Kritik, durch die Verständigung der Parteien

habe nur ein Bruchteil der Fälschungsfalle geklärt werden können; zudem seien keine Zeugen gehört worden. Der Richter zeigte sich davon überzeugt, dass der Prozess dennoch die größte Dimension des Vergehens zumindest juristisch abdecke, da es irrelevant sei, ob man über vierzehn oder die bekannten fünfzig Fälschungen zu entscheiden habe. Schließlich würdigte er besonders das „gewichtige Geständnis“ von Wolfgang Beltracchi und, dass er niemals die Schuld auf andere „abgeladen“ habe. Er betonte zudem abermals, wie leicht es für die Beltraccis war, die Werke in den Kunstmärkt zu schleusen und Auktionshäuser, Galeristen sowie Experten zu täuschen. Deren Blick sei wohl „etwas getrübt“ gewesen. (Siehe Feuilleton, Seite 33.)

Ermittlungen in Kroatien gegen Regierungspartei

kps. RIJEKA, 27. Oktober. Die kroatische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die regierende konservative HDZ wegen des Verdachts, sich aus Besteckungsgeldern finanziert zu haben. Das bestätigte Ministerpräsidentin Jadranka Kosor am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, an der alle Mitglieder der Parteiführung der HDZ teilnahmen. „Dies ist ein außerordentlich schwieriger Augenblick im Leben unserer Partei“, sagte Frau Kosor. „Wir fangen gerade erst an, die Dimensionen zu be-

Leutheusser: Privaten Kernbereich achten

F.A.Z. FRANKFURT, 27. Oktober. Das Landgericht Traunstein hat den Bauingenieur freigesprochen, der im Zusammenhang mit dem Einsturz der Eislaufhalle von Bad Reichenhall angeklagt war. Der Mann, der im Jahr 2003 der Halle einen „allgemein als gut zu bezeichnenden Zustand“ bescheinigt hatte, trage keine Mitschuld am Tod der 15 Menschen am 2. Januar 2006. Die Verteidigung erneuerte ihre Kritik an den damaligen Ermittlungen. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Wieder Freispruch in Reichenhall-Verfahren

ktr. MÜNCHEN, 27. Oktober. Das Landgericht Traunstein hat den Bauingenieur freigesprochen, der im Zusammenhang mit dem Einsturz der Eislaufhalle von Bad Reichenhall angeklagt war. Der Mann, der im Jahr 2003 der Halle einen „allgemein als gut zu bezeichnenden Zustand“ bescheinigt hatte, trage keine Mitschuld am Tod der 15 Menschen am 2. Januar 2006. Die Verteidigung erneuerte ihre Kritik an den damaligen Ermittlungen. (Siehe Deutschland und die Welt.)



Briefe an die Herausgeber	40	Das Kreuzworträtsel	9	Menschen und Wirtschaft	20	Sport	31
Immobilienmarkt	43	Zeitungssachen	10	Branchen und Märkte	21	Feuilleton	33
Impressum	4	Wirtschaft	11	Wetter	22	Kulturkalender	37
Deutschland und die Welt	8	Die Ordnung der Wirtschaft	12	Finanzmarkt	23	Medien	41
Der Sternhimmel	9	Unternehmen	15	Kurse	26	Fernsehen und Hörfunk	42

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anrufer aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriebe@faz.de
Belgien 2,70 € / Danemark 20,dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,70 € / Großbritannien 2,70 € / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,70 € / Norwegen 28nkr / Österreich 2,70 € / Portugal (Cont.) 2,70 € / Schweden 27skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,70 € / Spanien, Kanaren 2,70 € / Ungarn 690 Ft

STREIFZÜGE

Trier

Blut und Spiele

In der Fachwelt ist Martin van Creveld bekannt als Militärhistoriker von Rang. Abseits kriegshistorischer Werke etwa über die Wehrmacht ist der 65 Jahre alte Wissenschaftler auch durch provokante Thesen in der Ge-schichtsdebatte bekannt geworden.

Mit seiner in Buchform gegossenen These von der Jahrhunderte währenden angeblichen Bevorzugung von Frauen gegenüber Männern profilierte sich van Creveld als Anti-Alice-Schwarzer. Ein Ruf, der dem Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrum (HKFZ) der Universität Trier jedoch offenbar verborgen blieb, als es den Historiker als Visiting Fellow an die Mosel einlud. Der in den Niederlanden geborene und 1950 mit seinen Eltern nach Israel ausgewanderte Wissenschaftler hat dort nun mit seinem Vortrag über „Männer, Frauen, Kriegsspiele und Kultur“ Aufruhr verursacht.

Nach einem Beschwerdebrief des Allgemeinen Studienausschusses

(Ast) unter anderen an die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) trennen sich die Universität vorzeitig zum 1. November von Creveld. In seinem Protestschreiben hatte der Ast den Vortrag des Professors aus Jerusalem als „fraueneindlich, militaristisch, latent antisraelisch, nicht zuletzt vulgärwissenschaftlich und methodisch primitiv“ angeprangt. Vor rund fünfzig Studenten hatte van Creveld am 17. Oktober nach Angaben von Zuhörern unter anderem seine schon öfters variierte These wiederholt, Frauen genössen es, „dabei zuzuschauen, wie Männer sich gegenseitig abschlachten“. Thesen, die in der Stellungnahme des HKFZ zur Trennung als „schlichtweg und im strikten Sinne indiskutabel“ geheißen werden: „Hätten wir diese Seite der Publikationsaktivitäten von Herrn van Creveld vorher gekannt, wäre er nicht als Fellow eingeladen worden.“

Immerhin weist das Institut den Vorwurf des Asta als „unangemessen und unqualifiziert“ zurück, dass Creveld „militaristisch und latent antisraelisch“ sei. Dieser hatte schon vorher gespottet, dass es „lächerlich“ sei, einen Juden, der seit 61 Jahren in Israel lebt, als „latent antisraelisch“ zu bezeichnen. Er nehme jedenfalls aus Trier mit, „dass einige deutsche Studenten nichts aus der Bücherverbrennung von 1933 gelernt“ hätten. THOMAS HOLL

Heute

Sternmarsch in Johannesburg
ANC-Jugendligaführer Malema will Banken verstaatlichen und weiße Landwirte enteignen. Seine Anhänger ziehen zur Börse in der südafrikanischen Metropole und zur Regierung nach Pretoria. Politik, Seite 6

Piraten nehmen Platz

Das neue Berliner Abgeordnetenhaus hat sich zur seiner 17. Wahlperiode konstituiert. Wo zuvor die FDP saß, sollen nun die Piraten sitzen. Die linken Grünen streiten mit ihrer Fraktion. Politik, Seite 7

Litigation PR

Dass Amanda Knox freikam, verdankt sie auch einer prozessbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Der „Engel mit den Eisäugen“ ist nun das Unschuldslamm. Deutschland und die Welt, Seite 8

Hochwasser-„Feiertage“

Tausende Bangkokkler fliehen derzeit aus der Hauptstadt. Thailands Politiker sorgen sich mehr um die Panik der Menschen als um das Hochwasser. Deutschland und die Welt, Seite 8

Ein Experiment

Auch in Marokko wird bald gewählt. König Mohammed VI. antwortet damit auf Proteste, die auch sein Land erfasst hatten; schon die neue Verfassung fand im Sommer eine große Mehrheit. Zeitgeschehen, Seite 10

Für alle Fälle

Josef Ackermann, als Schweizer der bekannteste Banker Deutschlands, begrüßt den jüngsten Brüsseler Beschluss zur Rettung Griechenlands. Die Deutsche Bank hat er gut geführt. Zeitgeschehen, Seite 10

Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr

Ich Tarzan, du Zuschauer

Es ging um die Währung, um die Banken, um das Rating – für Sarkozy aber auch um sein Ansehen als Staatsmann.

Zurück in Paris, erstattet er dem Volk Bericht – nicht im Parlament, sondern im Studio.

Von Michaela Wiegel

PARIS, 27. Oktober. Vom Euro-Gipfel in Brüssel ist Nicolas Sarkozy am Donnerstag direkt in den französischen Wahlkampf zurückgekehrt. Die Ergebnisse der Nacht, die er als „globale, ehrgeizige und glaubwürdige Antwort auf die Krise“ bezeichnete, will der Präsident gegen die erstarke Linksposition und gegen das wachsende Misstrauen seiner Landsleute aufbieten. „Europa ist gerettet“ und „Europa bleibt französisch“ lautet die doppelte Botschaft, die Sarkozy noch am Donnerstagabend in einer eigens für ihn konzipierten Fernsehsendung zur besten Sendezeit vom Elysée-Palast aus Millionen von Fernsehzuschauern unterbreiten wollte.

Das Parlament war in Frankreich anders als in Deutschland nicht über die Gipfelziele unterrichtet, geschweige denn nach seiner Meinung gefragt worden. Die Abgeordneten der Nationalversammlung haben sich daran gewöhnt, erst im Nachhinein und oftmals nur unzulänglich von der Regierung über europäische Vereinbarungen und deren finanzielle Folgen informiert zu werden. Gegen ihre subalterne Rolle als Vollstrecker der Regierungsscheidungen rebelliert die Mehrheitsfraktion nur sehr selten. Die Abgeordneten der Präsidentenpartei UMP sehen sich eher als verlängerter Arm der Exekutive. Derzeit berät die Nationalversammlung über einen Haushaltsentwurf, der aufgrund der nach unten korrigierten Wachstumsverwartungen schon Makulatur ist.

Dafür zählt es längst zur demokratischen Tradition in Frankreich, dass sich der Staatspräsident nach wichtigen, die Nation betreffenden Entscheidungen direkt in Fernsehsendungen an seine Landsleute wendet. Trotzdem regte sich am Donnerstag Unmut über das Vorgehen Sarkozys, zum ersten Mal einer privaten

Produktionsgesellschaft die „direkte Kommunikation“ zwischen Staatschef und Bürgern zu übertragen. Die vom Präsidenten bestimmte Firma Maximal Production gehört seinem Freund Arnaud Lagardère, der einem von öffentlichen Aufträgen abhängigen Firmenimperium in der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie vorsteht. Sarkozy hat auch die Journalisten persönlich ausgewählt, die ihn in seinem Amtsbüro im Elysée-Palast zur europäischen Staatschuldenkrise befragt sollten.

Für die Übertragung waren der staatliche Fernsehsender France 2 und der private Fernsehsender TF1 zuständig. Eine jüngste Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Ifop ergab, dass 69 Prozent der Befragten unzufrieden sind mit Sarkozys Krisenmanagement auf europäischer Ebene.

„Sarkozy stellt sich wie üblich als Tarzan der europäischen Verhandlungen dar“, sagte der frühere sozialistische Wirtschaftsminister Michel Sapin. „Sarkozy mag laute Töne spucken, aber er hat Frankreichs Stimme geschwächt“, fügte Sapin hinzu, der dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Holland nahesteht. „Das Frankreich Sarkozys ist zum Juniopartner Deutschlands bei europäi-

schen Verhandlungen abgestiegen“, sagte der frühere sozialistische Europaminister Pierre Moscovici, der Hollands Vorwahlkampagne leitete. Sarkozy habe durch seine erratische Amtsführung ein Misstrauen genährt, das Frankreich am europäischen Verhandlungstisch schwäche, so Moscovici. „Wir wollen auch Hand in Hand mit Deutschland arbeiten. Aber mit einer soliden Hand“, sagte der Sozialist im Gespräch mit dieser Zeitung.

Den Angriffen der Opposition will Sarkozy begegnen, indem er sein Bild als einflussreicher Staatenlenker aufpoliert. Der G-20-Gipfel nächste Woche in Cannes soll ihm als Forum dienen. Am Donnerstag telefonierte der Präsident mit dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und sorgte dafür, dass alle Medien davon erfuhren. Frankreich will China über einen Sonderfonds in die Euro-Rettung einbinden. „Damit unterwerfen wir uns endgültig dem chinesischen Einfluss“, kritisierte der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit im Radiosender France Inter.

Das chinesische „Diktat“ fürchtet Sarkozy ein halbes Jahr vor den Präsidentenwahlen freilich weniger als das deutsche. Seine Minister sollten am Donnerstag



Hangen zwischen Paris und Brüssel: Sarkozy am Mittwoch beim Gipfel Foto Reuters

Skepsis in Griechenland

Opposition will Brüsseler Beschlüsse nicht zustimmen

Her. ABU DHABI, 27. Oktober. Während in Athen am Donnerstag der Börsenindex um mehr als fünf Prozent zugelegt und sich die Regierung erleichtert über die Brüsseler Beschlüsse gezeigt hat, haben sich die Oppositionsparteien skeptisch gezeigt.

Die Sprecher der konservativen Nea Dimokratia, Christos Staikouras, rechnet nicht damit, dass der Schuldenschnitt zu einer Reduzierung der Staatschuld auf ein nachhaltiges Niveau führen werde. Wegen der gescheiterten Wirtschaftspolitik der Regierung sei er jedoch erforderlich geworden. Die Partei werde im Parlament den Beschlüssen nicht zustimmen, sollte die Regierung ihre Austeritätspolitik nicht ändern, kündigte Staikouras an. Finanzminister Evangelos Venizelos forderte hingegen die Opposition auf, den „historischen Beschlüssen“ zuzustimmen. Er finde es unmöglich, dass es im Parlament Politiker gebe, die den Abbau eines bedeutenden Teils der Staatschuld nicht unterschreiben wollten.

Die Vorsitzende der Kommunistischen Partei (KKE), Aleka Papariga, erwartet als Folge der Euro-Rettung mehr Austeritätsmaßnahmen in allen Euroländern. Denn wer legten die Beschlüsse die Krise bei noch sorgten sie für Wachstum. Sie warnte vor abermaligen Kurzungen der Löhne und Renten in Griechenland. Der Vorsitzende der oppositionellen Linkspartei

Fotis Kouvelis, rechnet zwar damit, dass Griechenlands Schuld auf ein nachhaltiges Niveau gesenkt werde, warne aber vor einer nicht akzeptablen ausländischen Einmischung und Aufsicht.

Umgekehrt der Kritik der Oppositionsparteien legte die Börse um mehr als fünf Prozent zu. Die Rallye wurde von den zuletzt sehr tief bewerteten Bankenktiteln angeführt, obwohl als Folge des Haircut ihr Rekapitalisierungsbedarf auf mindestens 30 Milliarden Euro geschätzter wird. Griechische Wirtschaftswissenschaftler zeigten sich zurückhaltend. Sie verwiesen darauf, dass die letzte Rettungsgruppe am 21. Juli die Märkte nicht überzeugt hatte. Zudem setzte ein Erfolg der neuen Beschlüsse voraus, dass der griechische Staatshaushalt in den nächsten zehn Jahren mit einem Primärüberschuss (Etat ohne Zinszahlungen) abschließen werde. Dazu müssten die kommenden Regierungen die bislang verabschiedeten Gesetze konsequent umsetzen und müsste der öffentliche Dienst verkleinert werden. Analysten bezeichnen die Regierung von Ministerpräsident George Papandreou als kraftlos.

Die Mehrheit der regierenden Pasok ist nach dem Parteiausschluss der früheren Wirtschaftsminister Lukas Katseli auf nun noch 153 der 300 Sitze geschrumpft. Erleichtert hat jedoch die zuletzt sehr nervöse Pasok-Faktion auf die Brüsseler Beschlüsse reagiert, da keine weiteren Austeritätsmaßnahmen an sie geknüpft sind.

Die Mehrheit der regierenden Pasok ist nach dem Parteiausschluss der früheren Wirtschaftsminister Lukas Katseli auf nun noch 153 der 300 Sitze geschrumpft. Erleichtert hat jedoch die zuletzt sehr nervöse Pasok-Faktion auf die Brüsseler Beschlüsse reagiert, da keine weiteren Austeritätsmaßnahmen an sie geknüpft sind.

Die Spitzenspitzen der EU haben demnach die Brüsseler Beschlüsse abgelehnt. „Die Wirtschaftskrise lässt sich nicht mit ein, zwei, selbst drei Gipfeln lösen. Man muss einen Augenblick innerhalten, um über die europäische Landschaft nachzudenken ... Der spekulativen (Finanz-)Wahnsinn hatte durchgesetzt, was der nationale politische Wille noch vor kurzem energisch ablehnte. Doch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy an der Spitze haben begriffen, dass es besser ist, in den Geschichtsbüchern als Wiederbegrunder statt als Totengräber der Union zu erscheinen. Jetzt muss nur noch dieser politische Kontinent aufbereitet werden. Die Mitgliedstaaten müssen ... die Macht letzten Endes dem Europäischen Parlament geben.“

Die größte Gefahr droht von Italien

Die Zeitung „El País“ (Madrid) beurteilt das Ergebnis des Euro-Gipfels skeptisch:

„Der EU-Gipfel in Brüssel war nur ein Beginn ... Angela Merkels Rede im Bundestag, ihr Beharren auf der Tatsache, dass der deutsche Wohlstand vom Überleben der Euro-Zone abhängt sowie die sehr große Unterstützung, die sie von ihrem Parlament erhalten hat, haben all jenen Zweiflern der vergangenen Monate bewiesen, wie stark sich Deutschland zugunsten Europas einsetzt ... Deutschlands moralische Schuld im Blick auf den Zweiten Weltkrieg zählt heute nicht mehr. Von sofort an wird Europa stärker den deutschen Prioritäten Rechnung tragen müssen – vor allem auch der Budgetdisziplin, die von Berlin aus gesehen nicht erst seit der griechischen Krise in Europa aus dem Ruder gelaufen ist.“

STIMMEN DER ANDEREN

Die EU hat Entschlusskraft gezeigt

Die Tageszeitung „Berlingske Tidende“ (Kopenhagen) schreibt zum Brüsseler EU-Gipfeltreffen:

„Die Spitzenspitzen der EU haben mit dem nächtlichen Hilfspaket gezeigt, dass sie imstande sind, schwere und weitreichende Beschlüsse zu fassen. Aber es steht noch eine lange und zähe Arbeit bevor, ehe das Vertrauen der Märkte in Europas Wirtschaft wiederhergestellt ist ... Dort herrscht Katerstimmung. Das Mittel dagegen besteht in der Entwicklung einer Zusammenarbeit, die eng genug ist, um Europas Platz unter den führenden Kontinenten zu sichern. Das muss natürlich mit Respekt vor der Verschiedenartigkeit innerhalb der EU geschehen.“

Europa und die deutsche Budgetdisziplin

Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ bespricht sich mit der europäischen Schuldenskrise und findet, Europa werde künftig stärker an Deutschland und dessen Budgetdisziplin orientieren müssen:

„Der EU-Gipfel in Brüssel war nur ein Beginn ... Angela Merkels Rede im Bundestag, ihr Beharren auf der Tatsache, dass der deutsche Wohlstand vom Überleben der Euro-Zone abhängt sowie die sehr große Unterstützung, die sie von ihrem Parlament erhalten hat, haben all jenen Zweiflern der vergangenen Monate bewiesen, wie stark sich Deutschland zugunsten Europas einsetzt ... Deutschlands moralische Schuld im Blick auf den Zweiten Weltkrieg zählt heute nicht mehr. Von sofort an wird Europa stärker den deutschen Prioritäten Rechnung tragen müssen – vor allem auch der Budgetdisziplin, die von Berlin aus gesehen nicht erst seit der griechischen Krise in Europa aus dem Ruder gelaufen ist.“

Und das Europäische Parlament?

Die Tageszeitung „Libération“ (Paris) äußert sich zu einem Europa nach der großen Krise und meint:

„Die Wirtschaftskrise lässt sich nicht mit ein, zwei, selbst drei Gipfeln lösen. Man muss einen Augenblick innerhalten, um über die europäische Landschaft nachzudenken ... Der spekulativen (Finanz-)Wahnsinn hatte durchgesetzt, was der nationale politische Wille noch vor kurzem energisch ablehnte. Doch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy an der Spitze haben begriffen, dass es besser ist, in den Geschichtsbüchern als Wiederbegrunder statt als Totengräber der Union zu erscheinen. Jetzt muss nur noch dieser politische Kontinent aufbereitet werden. Die Mitgliedstaaten müssen ... die Macht letzten Endes dem Europäischen Parlament geben.“

Die Zeitung „El País“ (Madrid) beurteilt das Ergebnis des Euro-Gipfels skeptisch:

„Entgegen den Erwartungen hat der Euro-Gipfel keinen nachhaltigen Antwort auf die Finanzkrise gefunden. Er bedeutet gegenüber dem Gipfel vom Juli, der immerhin die Instrumente zur Eindämmung der Schulden festgelegt hatte, kaum einen Fortschritt. Das Treffen verbesserte die Stabilitätsfonds und fand eine – wenn auch unglückliche – Lösung für die Rekapitalisierung der Banken. Das ist mager angesichts der delikaten Situation. Die größte Gefahr droht nicht mehr von Griechenland, sondern von Italien. Das Wahrscheinlichste ist, dass die Schwäche der Berlusconi-Regierung dazu führen wird, dass Rom seine Schulden nicht mehr begleichen kann. Für eine Rettung Italiens aber sind keine Mittel da.“

Es geht nicht nur um Euro-Milliarden

Die Budapester Tageszeitung „Nepszabadság“ weist über die europäische Schuldenskrise hinaus:

„Besteht das seit mehr als fünfzig Jahren im Aufbau befindliche Gebäude, das wir heute als Europäische Union kennen, aus nichts anderem als aus der gemeinsamen Währung? Und signalisieren nicht jene, die heute schon die EU begraben, dass sie nichts mit ihr anfangen können? Diese Fragen kann man nicht mit Euro-Milliarden beantworten ... Die EU spielt wieder Feuerwehr und kommt nicht dazu, sich um Probleme zu kümmern, die gewöhnliche Sterbliche beschäftigen. Als die mühsam zusammengeflickte EU-Verfassung bei Volksabstimmungen durchfiel, litt die Union jahrelang an einer politischen Krise. Schließlich raffte sie sich auf, um sich endlich den Alltagsproblemen der Menschen zu widmen. Doch dann brach die Wirtschaftskrise herein.“

Ein verständlicher, vergeblicher Aufschrei

Im „Mannheimer Morgen“ lesen wir zum neuen Standortkonzept für die Bundeswehr:

„Der Aufschrei der Betroffenen ist verständlich. Und doch ist die Maiziäre den richtigen Weg gegangen. Er hat zuerst definiert, welche Aufgaben die Bundeswehr der Zukunft hat. Daraus hat er die nötige Personalstärke abgeleitet und auf dieser Grundlage das Stationierungskonzept entwickelt. Es ist nun einmal nicht die primäre Aufgabe der Bundeswehr, regionale Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zu betreiben, sondern Deutschen Sicherheit zu garantieren. Diese Aufgabe hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs vor zwanzig Jahren fundamental verändert; die Armee passt sich diesem Wandel an.“

Das Ende der Massenarme

Auch die „Landeszeitung“ (Lüneburg) beschäftigt sich mit der Bundeswehrreform:

„Der Aufschrei der Stadt- und Landesväter war ebenso vorhersehbar wie er zu vernachlässigen ist. Bei der Bundeswehrreform geht es darum, die Truppe aus der Ära der Massenarmeen hinauszuführen und nicht darum, soldatische Kaufkraft gerecht über die Republik zu verteilen. Kommunen, die abrückendem Militär nachtrauen, sollte Minister de Maiziäre eines ins Stammbuch schreiben: Die Hauptlast der Umstrukturierung tragen die Soldaten. Tausende Versetzungen und Karriereenden stehen an. Noch mehr Uniformierte werden zwischen Wohnort und Kaserne pendeln müssen. Erreicht die Reform aber ihr Ziel, dass künftig Soldaten nur mit tauglichem Material und gut ausgebildet in den Einsatz gehen, war der Aderlass der Standorte gerechtfertigt.“

Schlagkräftiger für Auslandseinsätze

Die Berliner „Tageszeitung“ (taz) würdigte die Intentionen der Reform:

„Der Verteidigungsminister hat mit der Bekanntgabe der Standortschließungen ein Projekt vollzogen, das unter seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg vor allem unter einer Zielvorgabe angestoßen wurde: Die Bundeswehr schlagkräftiger für Auslandseinsätze zu machen. De Maiziäre bedient sich für dessen Ziele lediglich einer sanfteren Sprache. Auftragserfüllung in einem komplexen sicherheitspolitischen Umfeld“ nennt der Minister die Möglichkeit zur schnellen, globalen, militärischen Intervention. Das Ziel der Landesverteidigung weicht dem Ziel der schnellen Einsatzfähigkeit.“</

Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr



„Alle wollen ein Stück weiterkommen“: Bei ihrer Ankunft in Brüssel, gut zehn Stunden vor der Abschlusspressekonferenz, operierte Kanzlerin Merkel noch im Erwartungsdämpfungsmodus.

Foto dapd

Angstfrei die Freiwilligkeit erzwungen

Die Welt hat auf unsere Beratungen geschaut, das war uns sehr bewusst“, gestand die Bundeskanzlerin am Donnerstagmorgen um vier Uhr, als der Gipfel endlich vorüber war. Sie sah nicht mehr ganz frisch aus, so wie eigentlich jeder, der um diese Uhrzeit noch am Tagungsort im Justus-Lipsius-Gebäude der EU ausharrte. Aber zufrieden wirkte Angela Merkel schon: Eine große Kraftanstrengung sei das gewesen, sagte sie vor der Presse. Vor ein paar Tagen wäre es noch alles andere als selbstverständlich gewesen, solche Beschlüsse zu fassen wie in dieser Nacht. „Wir haben gezeigt, dass wir die richtigen Schritte gezogen haben“, lobte Frau Merkel sich selbst und die anderen Staats- und Regierungschefs.

Einen Saal weiter hielt sich der französische Staatspräsident Sarkozy an seinem Rednerpult fest. Auch er dachte an die weite Welt, als er das Volumen, das nun durch die Hebelung des Hilfsfonds EFSF erreicht werden soll, lieber gleich in Dollar angab als in Euro: 1,4 Billionen seien das, stellte er fest. „Dollar“, fragten die französischen Journalisten unglaublich. Ja, das sei doch eine Information für die internationalen Märkte, belehrte sie der Präsident. „Ich kann Ihnen das auch in Euro geben, wenn Sie das wünschen. Wenn Sie das umrechnen, kommen Sie auf etwa eine Billion.“

Das Ende der Euro-Krise wollte nach diesem langen Gipfel, der am Abend zuvor um 18 Uhr begonnen hatte, niemand ausruhen. Der Weg aus dem Schuldenstumpf sei ein Marathonlauf, kein Sprint, stellte Kommissionspräsident Barroso fest, ohne mitzuteilen, wie viele Kilometer die EU noch vor sich hat. Auch die Kanzlerin wies wieder einmal darauf hin, dass die Sache nun nicht mit einem großen Paukenschlag vorüber sei. Aber alles in allem wirkten die Gesichter diesmal doch entspannter als nach den vielen anderen Krisentreffen, die in den vergangenen einheimischen Jahren in Brüssel stattgefunden haben.

Das galt vor allem für den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, der über Nacht immerhin um die Hälfte der Staatschulden bei Privatinvestoren erleichtert wurde. „Für Griechenland ist ein neuer Tag angebrochen“, sprach er in die Kameras. Das Schlimmste sei überstanden, nun könne das Land ein Kapitel abschließen und sich der Zukunft zuwenden.

Papandreou dankte seinem Volk für die Opferbereitschaft und sprach von der „patriotischen Pflicht“ aller Griechen, nun alles zu tun, um die europäische und internationale Aufsicht so schnell wie möglich loszuwerden. Eine politisch bittere Pille enthielt der neue Brüsseler Ablass nämlich: Die ungeliebte Troika, die zuletzt vor allem mit Streiks in Athen begrüßt wurde, wird künftig ständig im Land präsent sein und darüber wachen, dass die Griechen ihr Land auch wirklich reformieren.

Um die Banken zu einem Schuldenschnitt zu bewegen, der wesentlich größer ist als die zuletzt am 21. Juli vereinbarte Umschuldung, war in der Sitzungsnacht viel Aufzugfahren nötig. Immer wieder pendelten die Verhandlungsführer zwischen den Stockwerken im Ratsgebäude. Erst kam der seit dem Spontantreffen in der vorigen Woche so genannte Frankfurter Kreis zusammen (Frau Merkel, Sarko-

Morgens um vier kam die Erfolgsmeldung. Die Verhandlungen mit den Banken hatte die Kanzlerin am Ende selbst geführt. Cameron und andere „Chefs“ aus Nicht-Euro-Ländern waren da lang weg – sie waren nur Vorgruppe.

Von Nikolas Busse

zy, Barroso, Ratspräsident Van Rompuy, EZB-Präsident Trichet und IWF-Chefin Lagarde), dann die Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums, dann wieder der „Frankfurter Kreis“ – und die ganze Zeit über liefen Verhandlungen mit dem Internationalen Bankenverband. Dessen Vertreter mussten sich bei ihren Mitgliedern Prokura geben lassen. All das kostete viel Zeit.

Die Griechen selbst bemühten sich nicht mit letzter Kraft um ihre Schicksalsfrage, so dass man ihnen die Verhandlungsführung im Laufe des Abends irgendwann aus der Hand nahm. Wichtig für den Deal mit den Banken sei nicht zuletzt das Verhandlungsgeschick von Christine Lagarde gewesen, war zu hören. Mit der früheren französischen Finanzministerin versteht sich die Bundeskanzlerin recht gut, was der Sache offenbar dienlich war. Harte Gespräche seien es gewesen, berichtete Frau Merkel hinterher. Aber man habe den Banken nur ein einziges Angebot gemacht. „Das war unser letztes Wort.“ Ob den Banken denn auch mit Zwang gedroht worden sei, wurde sie gefragt. „Es war klar, dass wir einem freiwilligen Kreditereignis Vorfzug geben, und darauf wurde ja eingegangen, deshalb muss man über die andere Variante jetzt nicht weiter nachdenken.“

Wie sehr die Krise die EU inzwischen gespalten hat, ließ sich dann einem Auftritt des polnischen Ministerpräsidenten Tusk entnehmen, der (in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des EU-Ministerrats) nach dem kurzen Treffen der 27 „Chefs“ vor die Presse trat, um die Einigung auf die Bankenrekapitalisierung zu verkünden. Tusk sagte ohne Umhülfeworte, dass die Erhöhung des Eigenkapitals auf neun Prozent nur dann funktionieren werde, wenn sich die Euro-Staaten im Laufe der Nacht auf weitere Schritte einzigen könnten. „Über das Ergebnis kann ich jetzt kein Ratespiel veranstalten, in ein paar Stunden wissen wir, wie es ausgeht.“ Dass ein Teil der Staats- und

Regierungschefs auf einen wichtigen EU-Beschluss warten muss wie der gemeinsame Bürger, das hat es in der Geschichte der Integration auch noch nicht gegeben. „Die Einheit Europas muss insgesamt verstärkt werden“, verlangte Tusk und tröstete sich damit, dass Polen in ein

paar Jahren auch Mitglied der Eurozone sein werde.

Ratspräsident Van Rompuy machte ganz zum Schluss noch auf einen Umstand aufmerksam, der den „Chefs“ wesentlich bewusster sein dürfte als ihren Völkern: Der Gruppendruck in der EU sei

heute viel größer als noch vor zehn Jahren. Jede Regierung habe inzwischen verstanden, dass öffentliche Schulden oder eine Immobilienblase in einem anderen EU-Staat Auswirkungen auf das eigene Land haben könnte. „Sonst wird sie vom Wähler bestraft.“

Doppelter Genuss: Spitzenkaffee und pures Lesevergnügen

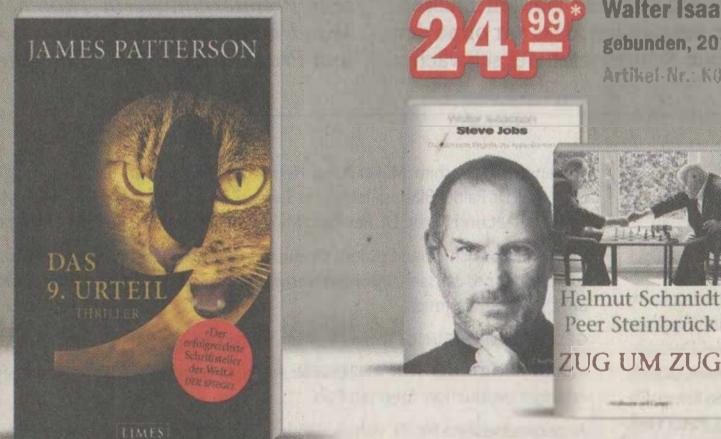
Integrierter Cappuccinatore
Tassenwärmer „Bon-Temp“
Gewerbezulassung
Schnell dampf



PHILIPS
Saeco
Saeco Royal Professional
Kaffeemaschine
(abgebildete Tassen nicht im Lieferumfang enthalten)
Artikel-Nr.: B100627
549,-
keine Versandkosten

Für den packenden Lesegenuss gibt's bei redcoon.de
1.000.000 Bücher. Jetzt versandkostenfrei bestellen!

19,99* James Patterson: Das 9. Urteil
gebunden, 2011, Verlag: Limes
Artikel-Nr.: K029991248



24,99* Walter Isaacson: Steve Jobs
gebunden, 2011, Verlag: Bertelsmann
Artikel-Nr.: K031003504

H. Schmidt & P. Steinbrück: Zug um Zug
gebunden, 2011, Verlag: Hoffmann und Campe
Artikel-Nr.: K030191407
24,99*

Europas großer Onlineshop für Bücher & Elektronik

Bestell-Hotline: 24 h am Tag, 7 Tage die Woche: 01805 / 733 26 66
(0,14 EUR/min aus dem Festnetz der DTAG, max. 0,42 EUR/min aus dem dt. Mobilfunknetz)
redcoon GmbH | Kelterstraße 2 | 83741 Aichach-Friedberg | www.redcoon.de

redcoon
www.redcoon.de

*Alle Preise in Euro inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten, soweit nicht anders angegeben. Abnahmen können abweichen. Alle Angebote gültig, solange Vorrat reicht, Umtausch verboten.

Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr

„Italien ist gar nicht Teil des Euro-Problems“

Außenminister Franco Frattini über heilsamen Druck aus Brüssel, Sarkozys irritierende Körpersprache, Merkels mutige Führung, Camerons berechtigte Angst vor einer Spaltung Europas – und warum die Währungsunion kein Omnibus ist

Herr Minister, erst in letzter Minute vor dem EU-Gipfel hat die Regierung Berlusconi eine Teileinigung über Wirtschaftsreformen erzielt. Sind Sie dankbar für den Druck aus dem Rest Europas?

Sehr sogar. Wenn Europa politischen Druck ausübt, folgen die Staaten dem ja nicht Brüssel zuliebe. Wir reformieren Italien, weil es in unserem Interesse liegt – auch wenn es für ganz Europa wichtig ist, dass wir unsere Staatsfinanzen konsolidieren und Wachstum fördern. In Zeiten heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen ist Druck aus Brüssel für die Regierung jedes Landes hilfreich. Jetzt können wir endlich tun, was wir schon vor der Wahl versprochen haben. Die Reformen hätten wir schon vor zwei Jahren beschließen sollen!

Und warum haben Sie das nicht?

Wegen überkreuzender Vetos in der Regierungskoalition und wegen des Widerstands der Opposition, die das Parlament mit Dauerreden lahmgelegt hat. Und dann hat sich die Gruppe um Gianfranco Fini von uns abgespalten. Seitdem haben wir nur noch 20 bis 25 Abgeordnete mehr als die Opposition. Vorher waren es 80!

„Ini will zurückkehren, wenn Berlusconi zurücktritt. Braucht ein Land, das ohne äußeren Druck nicht funktioniert, nicht eine neue Führung?“

Viele Regierungen Europas haben in einer Parlamentskammer gar keine Mehrheit mehr. Ich beneide Deutschland darum, dass es trotzdem regierbar ist, hier ginen

„Neuwahlen wären jetzt das Schlimmste. Sie würden die Tür für Spekulation und die Aggression jener Netze öffnen, die am Finanzmarkt gegen Italien vorgehen.“

ge das nicht. Aber das Schlimmste wäre, jetzt zu Neuwahlen zu hasten. Das würde die Tür für Spekulation und die Aggression jener Netze öffnen, die auf den Finanzmärkten gegen Italien vorgehen.

Lieber also eine alte Regierungskoalition unter neuer Führung?

Das wäre extrem schwierig in einem Land, in dem die Wähler nicht nur eine Partei, sondern ihren Ministerpräsidenten wählen. Da hielte ich sogar Neuwahlen für wahrscheinlicher.

Einfach weitermachen bedeutet, dass die Lega Nord weitere Reformen verhindert?

Im Gegenteil, die Lega hat doch dem Brief zugestimmt, den wir nach Brüssel geschickt haben. Sie will jetzt die Versorgungsdienstleistungen und die Berufsstätten liberalisieren sowie das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen.

Wird das nicht durch das Frühverrentungssystem unterlaufen?

Wer vierzig Jahre lang Beiträge gezahlt hat, der hat auch künftig ein Recht auf seine Rente, wenn er mindestens sechzig Jahre alt ist. Das kommt aber nicht oft vor.

Vor dem Brief hatten Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy am Sonntag in Brüssel nur Grimassen geschnitten, als sie nach Italiens Zusagen gefragt wurden. Fühlten Sie sich gedemütigt?

Nein, überhaupt nicht. Ich war jahrelang Vizepräsident der Europäischen Kommission, ich weiß besser als die meisten, wie wichtig europäischer Druck ist. Allerdings hat mich die Körpersprache Präsident Sarkozys irritiert – auch der Kanzlerin war das offenkundig peinlich. Sarkozy hat eben daheim ein Problem, weil im Direktorium der Europäischen Zentralbank jetzt kein Platz für einen Franzosen ist ...

... weil der Italiener Bini Smaghi nicht zurücktritt, obwohl sein Landsmann Mario Draghi anstelle des Franzosen Trichet Präsident der Zentralbank wird.

Richtig. Aber die EZB kann eben keine Befehle von der Politik entgegennehmen, auch nicht von Sarkozy, der sich in die Ecke gedrängt sieht. Ich hoffe aber, dass

Smagli sich doch noch verantwortlich zeigt – freiwillig natürlich. Wie dem auch sei: Sarkozys Auftritt war nicht in Ordnung. Ja, Italien hat Hausaufgaben zu erledigen, aber lächerlich machen darf man uns nicht. Wir haben zwar eine riesige Staatschuld, aber die ist immer noch, mit Verlaub, kleiner als die deutsche.

War der kleine Eklat nicht ein Weckruf, den die Berlusconi-Regierung brauchte?

Ich akzeptiere Weckrufe von europäischen Institutionen, aber nicht von einzelnen Regierungen.

dastünden. Wir müssen abkommen von technischen Überlegungen und die politische Komponente der Entscheidungen stärken.

Deutschland und andere wollen das Gegenteil – automatische Sanktionen statt politischen Kuhändel – und fordern dafür einen mächtigen Stabilitätskommissar.

Ich bin für Automatismen, aber vor allem brauchen wir einen gemeinsamen politischen Willen, um die Spielregeln festzulegen.

Deutschland hat den ihm zustehenden Platz in Europa zurecht inne. Was wäre Europa ohne die wichtige, starke deutsche Führung? Aber die Länder ergänzen sich. Deshalb muss man genauso fragen: Was wäre Europa ohne Italien? Denken Sie mal darüber nach.

In der Krise hat Deutschland versucht, mit Frankreich zu führen. Hätten Sie gern mehr davon gesehen?

Ich finde nicht, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen Monaten zu

schnell die Möglichkeit, dass wir uns verbindliche Regeln geben, die nur für die 17 Euro-Staaten gelten. Warum verfolgen wir diesen Weg nicht weiter? Das geht schnell und braucht keine Ratifizierung. Hinzu kommt ja noch das Problem, dass wir nicht alle 27 Staaten bitten können, Änderungen mitzutragen, die nur die 17 Euro-Staaten betreffen.

Werden die neuen Gipfel der 17 Euroländer und deren künftiges Sekretariat nicht zwangsläufig dazu führen, dass sich die Spaltung der EU vertieft, Stichwort Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Die Forderung des britischen Premierministers Cameron, von den Entscheidungen nicht ausgeschlossen zu werden, ist berechtigt – aber Präsident Sarkozy hat sie ja brüsk zurückgewiesen. Was wir als Eurozone entscheiden, hat natürlich Folgen für die anderen zehn EU-Länder. Wenn wir über die Kapitalisierung unserer Banken reden, hat das Konsequenzen für die britischen Banken. So viel Mühe müssen wir uns schon machen. Natürlich gibt es technische Fragen, die wir in der Eurozone lösen müssen. Aber wenn unser Tun und Lassen sogar Folgen für China hat, wie könnte es dann nichts mit Großbritannien zu tun haben? Ansonsten ist klar: Die Eurozone ist kein Omnibus, in den man ein- oder aus dem man aussteigt, wie es einem gerade passt. Über einen Ausschluss Griechenlands hätte man nicht einmal nachdenken dürfen.

Frau Merkel hat das im Bundestag laut getan ...

Ja, aber das war eine gefährliche Vorstellung.

Was ist schiefgelaufen, dass viele Menschen dem europäischen Projekt so übelauflig begegnen?

Die Vermutung, die kroatische Staatsanwaltschaft werde die Ermittlungen gegen einzelne HDZ-Mitglieder auf die gesamte Partei als Rechtsperson ausweiten, wurde in den vergangenen Monaten von den kroatischen Medien immer wieder vorgebracht. Dies hatte ihnen den Vorwurf eingebracht, sie führten eine Kampagne, um den Kampf der Ministerpräsidentin gegen die Korruption zu diskreditieren. An diesem Vorwurf hält Frau Kosor weiter fest; die Medien hätten ihrer Partei schweren Schaden zugefügt, wie sie sich auf ungenannte Quellen bezogen und gezielte Indiskretionen veröffentlicht hätten, sagte sie am Donnerstag. Die Regierung werde herausfinden, wer die Medien mit Informationen versorgt habe. Zugleich erklärte sich Frau Kosor bereit, mit der Sonderbehörde für den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen (Ukok) zusammenzuarbeiten. Obwohl die Ermittlungen der Partei kurz vor der Parlamentswahl im Dezember schadeten, sei sie zuversichtlich, dass die HDZ gestärkt aus der Affäre hervortreten werde. Wer immer in der Partei Schuld auf sich geladen habe, müsse dafür individuell zur Verantwortung gezogen werden. Die HDZ bestreite aber darauf, dass auch die Skandale anderer Parteien untersucht würden.

Frau Kosor hatte nach dem Rücktritt Ivo Sanaders den Parteivorsitz und das Amt des Ministerpräsidenten übernommen. Sanader befindet sich in Zagreb in Untersuchungshaft. Frau Kosor hatte stets behauptet, von seinen illegalen Geschäften nichts gewusst zu haben. Die Hypothese einer von der HDZ-Führung abgeschnittenen Parallelstruktur, die allein Sanader verpflichtet gewesen sei, geriet jedoch durch die Aussagen der im Juli verhafteten früheren HDZ-Buchhalterin Branka Pavošević ins Wanken. Frau Pavošević gab an, die Parteiführung sei über die Finanzierung der HDZ aus Besteckgeldern sehr wohl informiert gewesen. Auch die Wahlkampagne von Frau Kosor bei den Präsidentenwahlen 2005 sei aus der schwarzen Kasse finanziert worden.

„Was wäre Europa ohne die wichtige, starke deutsche Führung? Aber die Länder ergänzen sich. Deshalb muss man genauso fragen: Was wäre Europa ohne Italien?“

Das frage ich mich schon lange. Viele Menschen halten Europa für unfähig, auf ihre alltäglichen Bedürfnisse einzugehen. Wie viele Leute sind böse darüber, dass

wir jedes Jahr 233 Millionen Euro für den monatlichen Umzug des Europäischen Parlaments von Brüssel nach Straßburg ausgeben? Die Leute halten es heute für selbstverständlich, dass sie im Schengen-Raum frei reisen können, aber beklagen sich über die andere Seite der Medaille: Wegen „Schengen“ kommen Kriminelle nach Europa oder illegale Einwanderer von Lampedusa nach Berlin.

In der Krise sagen viele Politiker trotzdem, jetzt brauchen wir „mehr Europa“. Wie passt das zum Zorn der Leute?

Wir brauchen neue politische Impulse. Unser Europa ist nicht mehr das von De Gasperi und Adenauer, auch nicht mehr das von Mitterrand und Kohl.

Ist der Ruf nach mehr Europa nicht nur eine Flucht aus der Krise?

Nein, mehr Integration bedeutet für mich eine gemeinsame Außenpolitik oder auch die Schaffung europäischer Ratingagenturen – wir könnten uns doch nicht auf Fitch oder Moody's verlassen! Ich vertraue Europa, aber ich kann niemandem vertrauen, den ich nicht kenne.

Aus dieser Krisenwoche müssen die Italiener doch den Schluss gezogen haben, dass mehr Europa weniger Wohlfahrtsstaat bedeutet ...

Wir müssen erklären, dass mehr Europa in diesem Fall bedeutet, die Bedürfnisse der jungen und der älteren Generationen durch eine Rentenreform in Einklang zu bringen. Die jungen Leute sollen verstehen, dass sie dadurch eines Tages mehr bekommen, nicht weniger.

Mit dem italienischen Außenminister sprachen in Rom Klaus-Dieter Frankenberger, Tobias Piller und Andreas Ross.

Ermittlungen gegen HDZ

kps. RIJEKA, 27. Oktober. Die kroatische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die regierende konservative HDZ wegen des Verdachts, sich aus Besteckgeldern finanziert zu haben. Das bestätigte Ministerpräsidentin Jadranka Kosor am Donnerstag auf einer überraschend einberufenen Pressekonferenz, an der alle Mitglieder der Partei teilfuhren der HDZ teilnahmen. „Dies ist ein außerordentlich schwieriger Augenblick im Leben unserer Partei“, sagte Frau Kosor, „vielleicht die vorletzte Station des Kreuzweges, dem wir unterzogen wurden, seit ich am 1. Juli 2009 die Führung über-



Foto: AFP

nommen habe.“ Es sehe nun so aus, als sei der von ihr begonnene Kampf gegen die Korruption ein Bumerang gewesen, gleichwohl werde ihn die HDZ weiter führen.

Die Vermutung, die kroatische Staatsanwaltschaft werde die Ermittlungen gegen einzelne HDZ-Mitglieder auf die gesamte Partei als Rechtsperson ausweiten, wurde in den vergangenen Monaten von den kroatischen Medien immer wieder vorgebracht. Dies hatte ihnen den Vorwurf eingebracht, sie führten eine Kampagne, um den Kampf der Ministerpräsidentin gegen die Korruption zu diskreditieren. An diesem Vorwurf hält Frau Kosor weiter fest; die Medien hätten ihrer Partei schweren Schaden zugefügt, wie sie sich auf ungenannte Quellen bezogen und gezielte Indiskretionen veröffentlicht hätten, sagte sie am Donnerstag. Die Regierung werde herausfinden, wer die Medien mit Informationen versorgt habe. Zugleich erklärte sich Frau Kosor bereit, mit der Sonderbehörde für den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen (Ukok) zusammenzuarbeiten. Obwohl die Ermittlungen der Partei kurz vor der Parlamentswahl im Dezember schadeten, sei sie zuversichtlich, dass die HDZ gestärkt aus der Affäre hervortreten werde. Wer immer in der Partei Schuld auf sich geladen habe, müsse dafür individuell zur Verantwortung gezogen werden. Die HDZ bestreite aber darauf, dass auch die Skandale anderer Parteien untersucht würden.

Frau Kosor hatte nach dem Rücktritt Ivo Sanaders den Parteivorsitz und das Amt des Ministerpräsidenten übernommen. Sanader befindet sich in Zagreb in Untersuchungshaft. Frau Kosor hatte stets behauptet, von seinen illegalen Geschäften nichts gewusst zu haben. Die Hypothese einer von der HDZ-Führung abgeschnittenen Parallelstruktur, die allein Sanader verpflichtet gewesen sei, geriet jedoch durch die Aussagen der im Juli verhafteten früheren HDZ-Buchhalterin Branka Pavošević ins Wanken. Frau Pavošević gab an, die Parteiführung sei über die Finanzierung der HDZ aus Besteckgeldern sehr wohl informiert gewesen. Auch die Wahlkampagne von Frau Kosor bei den Präsidentenwahlen 2005 sei aus der schwarzen Kasse finanziert worden.

Stichwahl in Bulgarien

SOFIA, 27. Oktober (dpa). Bulgarien entscheidet an diesem Sonntag in einer Stichwahl über den neuen Staatspräsidenten. Das bestätigte die Zentrale Wahlkommission (ZIK) am Donnerstag in Sofia, nachdem alle Stimmzettel aus der ersten Wahlrunde vom 23. Oktober ausgezählt wurden. Antreten sollen die beiden bestplatzierten Bewerber: der bürgerliche Regierungskandidat Rossen Plewniew und der sozialistische frühere Außenminister Iwajlo Kalfin. Plewniew erhielt im ersten Wahlgang 40,1 Prozent der Stimmen, Kalfin kam auf 28,9 Prozent. An vielen Orten wird es am Sonntag auch Stichwahlen für die Bürgermeister geben. Wegen der chaotischen Zustände beim Auszählung hatte sich die Bekanntgabe des Endergebnisses verzögert. Oppositionspolitiker hatten deshalb gedroht, die Wahl wegen der vielen Hinweise auf Missstände ungültig erklären zu lassen.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbokum;

für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner;

für „Zeitsgeschenk“: Dr. Georg Paul Hefty; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers;

für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel;

für Wirtschaftsberichterstattung: Michael Psotta; für Unternehmen: Carsten Knopf; für Finanzmarktforschung: Gerald Bräunberger; für Sport: Jörg Hahn, Anno Hecker (stv.), Peter Heß (stv.); für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt); Peter Luckemeier (Region).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHENNENDE BEILÄUFEN UND SONDERSEITEN: Beruf und

Chance: Sven Aszheimer; Bilder und Zeiten: Andreas Plathaus; Bildungswelt: Dr. h.c. Heike Schmoll; Die Lounge: Carsten Knopf; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel;

Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Utrich; Jugend schreibt:

Dr. Ursula Kalb; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmärkte: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und

Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Christian Pohlert; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordinatoren:** Dr. Holger Schmidt.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer), für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 71 vom 1. Januar 2011 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 5 vom 1. Januar 2011 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 43,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 43,90 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 21,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 21,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 52,90 € einschließlich Porto,

gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint wöchentlich. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Mediendienstleistung GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressepiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Internet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressepiegeln erhalten Sie

Auf ein Neues

Die Krönung des deutschen Bemühens, Haushalt und Währungsunion zu verankern, soll eine Vertragsreform sein. Selbst wenn die Regierung genügend Mitstreiter findet, so scheinen sich beim Thema Vertragsänderung die Geister. Da ist einmal die bittere Erfahrung mit der jüngsten Reform: Sie hat quälend lange gedauert und die Kluft zwischen Bürgern und politischer Klasse nicht verringert. Als der Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden scheiterte, war der „Akzeptanzschwund“ offensichtlich. Es dürfte mehr als nur ein Kommunikationsproblem sein, die von der Krise verunsicherten Wähler mit der EU zu versöhnen, nicht zuletzt in den Ländern mit obligatorischem Referendum. Der andere Punkt betrifft das Büchse-der-Pandora-Syndrom. Sollte Berlin einen Haushaltssatz installieren wollen, verlangt London die Repatriierung von Kompetenzen. Die Sache wäre also kontrovers und langwierig. Eine vereinfachte Vertragsreform wiederum dürfte nicht zu dem Maß an Haushaltaufsaufschluss führen, das der Bundesregierung vor schwiegt.

K.F.

Bitte kein Kehrreim

Welchen Reim man sich darauf machen hat, dass nicht nur ein ehemaliger Regierungschef und seine Clique der Korruption dringend verdächtigt sind, sondern seine gesamte, immer noch regierende Partei – darüber müssen die kroatischen Bürger befinden. Eine andere Sache ist es, dass die dieser Partei angehörende Ministerpräsidentin das Eintrittsbillet zur EU nicht zuletzte wegen ihres Kampfes gegen die Korruption in Kroatien erhalten hatte – darauf muss sich nun die EU einen Reim machen, obwohl sie gerade andere Sorgen hat. Sie sollte das Thema schon deshalb ernst nehmen, weil das Kapitel „EU-Erweiterungen und ihre Folgen“ auf der Sorgenliste vieler Bürger der alten EU-Staaten weit oben steht. Heute behaupten viele Politiker, sie hätten, wären sie schon oder noch an der Macht gewesen, Griechenland den Beitritt zur Währungsunion verwehrt. Andere bedauern, dass Bulgarien und Rumänien aufgenommen wurden, ohne dass sie rechtsstaatliche Standards auch nur annähernd erfüllt hätten. Man sollte deshalb auch in Kroatien noch einmal genauer hinschauen, bevor es zu spät ist.

Nm.

Ein Wort

Am Anfang war das Wort – die ersten Worte des Johannesevangeliums sind das Motto der Kampagne für das Reformationsjubiläum 2017. Dass man dafür vor drei Jahren gleich eine Lutherdekade ausgerufen hat, mag mancher eher belustigt zur Kenntnis genommen haben. Bei nüchterner Beurteilung wird man allerdings nicht bestreiten können, dass diese Fünfhundertjahrfeier etwas anderes ist als ein Dichter-, Komponisten- oder Denker-Jubiläum. Ohne Kenntnisse des von Martin Luther angezettelten religiösen Umbruchs mit seinen vielfältigen, oft subtilen Wirkungen auf Politik, Musik, Kunst, Bildung und Wissenschaft wird einem mindestens die deutsche Geschichte unverständlich bleiben. Die 35 Millionen Euro, die der Bund für das Jubiläum zugesagt hat, sind deshalb nicht zu viel – zumal auch er profitiert, wenn so die einzigartige Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt und Thüringen in Szene gesetzt wird. Für die Kirche werden allerdings nicht sanierbare Bauten oder die Masse der Besucher entscheidend sein. Für sie zählt am Ende zählt nur das Wort, das am Anfang bei Gott war.

bin.

Zeitgeschehen

Königliches Experiment

Nach Tunesien wählt Marokko – erstmals nach der Verfassungsreform / Von Leo Wieland

MADRID, im Oktober Das Königreich Marokko ist nach Tunesien der nächste Maghreb-Staat, in dem gewählt wird: am 25. November. Auch dort könnte eine gemäßigt islamistische Partei diesmal die wirklich stärkste Partei werden und den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ war schon bei der letzten Abstimmung im Jahr 2007 beim Stimmanteil am erfolgreichsten. Der Zuschnitt der Wahlkreise beschränkte indes der Leporello „königstreuen“ Istiqal-Partei die meisten Parlamentsmandate.

Die vorgezogene Abstimmung – der reguläre Termin wäre erst im Jahr 2012 gewesen – ist nun der erste Test nach der jüngsten Verfassungsreform und damit auch eine Probe auf den demokratischen Veränderungswillen von König Mohammed VI. Sie wird außerdem zeigen, ob die Marokkaner, die zu fast zwei Dritteln dem letzten Urnengang ferngeblieben waren, diesmal motivierter sind und sich stärker mobilisieren lassen.

Für das geographisch und politisch „westlichste“ Land des Maghreb war das Jahr der „Arabellion“ ebenfalls turbulent. Gleichwohl erwies sich die alte Monarchie unter dem populären jungen König als erheblich widerstandsfähiger als die Despoten im benachbarten Tunesien oder gar Libyen. In Tunis musste erst Präsident Ben Ali weichen. In Tripolis verlor hingegen Oberst Gaddafi die Macht und das Leben.

Als sich im Winter in Marokko die „Bewegung 20. Februar“ aus jugendlichen Arbeitslosen, Studenten und Internet-Aktivisten ein Beispiel an den tunesischen „Jasmin-Revolution“ nahmen und landesweit Kundgebungen für mehr Demokratie, weniger Korruption und mehr Arbeitsplätze und Chancen organisierten, reagierte Mohammed VI. auf verschiedene Ebenen. Zunächst versuchte er, den sozialen Frieden zu erhalten, indem er die Gehälter der Staatsangestellten, die Renten und die Mindestlöhne in der Privatwirtschaft erhöhte, Lebensmittel und Brennstoff subventionierte und damit ein unvorhergesehenes Loch im Staatshaushalt riskierte.

Als nächsten Schritt gab er dann im März eine Verfassungsreform in Auftrag, die zwar seine unangefochtene Stellung als „oberster Schiedsrichter“ in allen Fra-

gen der Politik, Justiz, Wirtschaft und Religion erhalten, aber doch mehr Gewaltenteilung zugunsten der Regierung und des Parlaments bringen sollte. Am 1. Juli wurde darüber per Referendum abgestimmt. Mit 98,5 Prozent Jastimmen hießen die nur in Maßen teilnehmenden Marokkaner das Projekt des Monarchen gut.

Kernstücke der Verfassung sind neben einer Verankerung der Menschenrechte die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, die Anerkennung der Berbersprache als gleichberechtigt ne-

mung sich die „Bewegung 20. Februar“ nicht beteiligte, weil ihr die Reformen nicht weit genug gingen, nicht mehr als „heilig“, aber immer noch als „Beherrscher der Gläubigen“ definiert. Damit bleibt er in allen Religionsfragen die höchste Autorität. In seinem zwölften Jahr auf dem Thron hat er sich nun aber auf mehr Mitsprache in einem System eingelassen, das tendenziell Schritte hin zu der ersten konstitutionellen Monarchie in der arabischen Welt zu tun verspricht.



Mohammed VI. gibt beim Verfassungsreferendum seine Stimme ab. Foto dapd

ben dem Arabischen, eine Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und vor allem der Figur des Ministerpräsidenten. Er soll künftig nicht, wie bisher, vom König nach persönlichem Güldenkuntern ernannt werden, sondern aus der stärksten politischen Partei hervorgehen. Er soll im Einvernehmen mit dem König das Parlament auflösen, Minister, Gouverneure und Botschafter ernennen und entlassen und Neuwalchen ansetzen können. Würde also die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung im November gewinnen, wäre Mohammed VI. unter einem selbstgesetzten Zugzwang.

Der König ist in der neuen Verfassung, an deren Diskussion und Volksabstimmung

das Leben kostete. Das schadete dem Ansehen des Landes und zeitweilig sowohl dem Tourismus, der eine der Hauptentnahmestellen Marokkos ist, als auch den Öffnungsbemühungen des Königs. Inzwischen scheinen sich die wirtschaftlichen Einbußen aber in Grenzen zu halten. Und der König, der während seines ersten Jahrzehnts schon andere wichtige Reformen, darunter des Familienrechts und der Rechte der Frauen gegen den Widerstand seiner „Bärtigen“, durchgesetzt hat, hielt hier seinen Kurs.

Nur vier Wochen nach dem Verfassungsreferendum kündigte er die vorgezogenen Parlamentswahlen mit der Begründung an, dass sie „in einem gesunden politischen Klima, das dem neuen Marokko würdig ist“, einfach notwendig seien.

Zuvor hatte er sich darauf in Konsultationen mit den rund zwanzig politischen Parteien verständigt, die nun im Wettbewerb sind. Die „Bewegung 20. Februar“ und ihr Verhalten ist noch die große Unbekannte in der Gleichung. Mohammed VI. wird nicht müde, sie mit immer neuen Appellen zur Mitarbeit in den Institutionen aufzufordern. Der Druck von ihrer Seite auf den König scheint, trotz sporadischer Demonstrationen, geringer geworden zu sein, weil der Rückhalt für die außerparlamentarische Opposition in der Bewegung ebenfalls ziemlich schmal erscheint.

Die marokkanischen „Empörten“ haben trotzdem stichhaltige Argumente, vor allem wenn sie anprangern, dass in einem so jungen Land wie Marokko (48 Prozent der 33 Millionen Einwohner sind unter 25 Jahren) rund ein Fünftel der Jugendlichen ohne Arbeit sei. Dies ist zwar ein besserer Durchschnitt als etwa in Algerien, Libyen oder Tunesien. Aber Marokko bleibt vorerst im Maghreb-Quintett – nach Mauretanien – das ärmste Land, obwohl sich das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, die Investitionen in die Infrastruktur und der neue regionale Ausgleich für lange benachteiligte Gebiete sehen lassen können. So wird am 20. November stellvertretend auch über die Leistungsbilanz des Königs und die Defizite der Nation abgestimmt werden.



Josef ACKERMANN Foto Wolfgang Eilmes

Für alle Fälle

Für einen Bankmanager kann Josef Ackermann sehr staatstragend sprechen. „Wir sind sehr zufrieden mit der erreichten Einigung“, sagte Ackermann am Donnerstag über die Beschlüsse des EU-Gipfeltreffens in Brüssel. „Alle Parteien haben anerkannt, dass nicht nur die Zukunft Griechenlands, sondern auch die Zukunft Europas auf dem Spiel stand.“ Ackermann war in den vergangenen Wochen weniger als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank gefordert, sondern als Vorsitzender des internationalen Bankenverbands IIF. In dieser Funktion hatte Ackermann vor einigen Monaten mit der Politik über einen bescheidenen Beitrag der Banken zur Entschuldigung Griechenlands verhandelt. Ursprünglich hatten die Banken keine Bereitschaft gezeigt, auf einen Teil ihrer Forderungen gegenüber dem hoch verschuldeten Griechenland zu verzichten. Als Ackermann einem ersten Verzicht der Banken auf 21 Prozent ihrer Forderungen zustimmte, ließ er erkennen, dass er dies gegen seine innere Überzeugung als Bärker, aber aus Staatssräson getan hat.

Das war vor wenigen Monaten. Nun mehr haben die Banken unter schwerem Druck der Politik aber offiziell immer noch freiwillig, einem Verzicht von 50 Prozent ihrer Forderungen zugesagt. Der wandlungsfähige Ackermann spricht von einem „befriedigenden Kompromiss“. Spätestens mit dem Ausbruch der Krise ist der Schweizer aus Sicht der Politik zu einem „Mann für alle Fälle“, zu einem Ratgeber ebenso wie zu einem Verhandlungspartner geworden. Ackermann genießt seine internationale Bedeutung sichtlich, auch wenn er nicht verhindern konnte, dass die Politik in den vergangenen Wochen ihren früheren Schulterschluss mit den Banken lockerte und eine größere Distanz zeigte. Die Zeiten, in denen die Banken die Politik unter Druck setzen konnten, scheinen vorüber. Ackermann hat dies wohl erkannt.

Im Hauptberuf ist der Schweizer immer noch Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, die er im Mai kommenden Jahres in guter Form seinen Nachfolgern Anshu Jain und Jürgen Fitschen übergeben will. Dazu gehört ein Verzicht auf jegliche Form von Staatshilfen, auf die seine Bank aus heutiger Sicht wohl auch verzichten kann. Die Deutsche Bank hat in den vergangenen Monaten wie viele ihrer Konkurrenten unter der Flaute an den Kapitalmärkten gelitten, aber erst vor wenigen Tagen ein unerwartet gutes Ergebnis für das dritte Quartal vorgelegt. Das von Ackermann lange Zeit vorgegebene Ziel eines Jahresgewinns von Steuern von zehn Milliarden € musste allerdings aufgegeben werden.

Ackermann, Jahrgang 1948, führt die Deutsche Bank seit fast zehn Jahren. Unzweifelhaft hat die Bank dem Schweizer, der sie insgesamt sehr gut, wenn auch nicht fehlerlos geleitet hat, viel zu verdanken. Umgekehrt hat die exponierte Rolle der Deutschen Bank Ackermann erlaubt, in der nationalen und internationalen Politik mitzumischen. Wie seine Bilanz auf diesem, für einen Bankmanager schwierigen und gefährlichen Gebiet abschließt, ist nicht leicht einzuschätzen.

GERALD BRAUNBERGER

Fremde Federn: Beate Merk

Ein internetfähiges Pornographiestrafrecht

Wissen Sie, was ein Browser-Cache ist? Was beim Internet-Surfen auf der Festplatte geschieht? Oder welchen Weg Daten aus dem Netz durch den Arbeitsspeicher des Computers nehmen? Ein erfahrener Computernutzer kann dies alles aus dem Effort erklären. Wenn er denn will und sich nicht dummkopf stellt. Dass aber genau dies – die angebliche Ahnungslosigkeit – durchaus von Vorteil sein kann, hat ein Angeklagter in einem Strafverfahren bewiesen, in dem das Oberlandesgericht Hamburg im vergangenen Jahr ein vielbeachtetes Revisionsurteil sprach: Sein vorgeblicher Laienstatus brachte ihm den Freispruch, wenn auch nur in erster Instanz.

„Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“, sagt man. Für eine Geschwindigkeitsüberschreitung muss sich doch auch der verantwortliche, der nicht weiß, wie ein Ottomotor funktioniert. Im Hamburger Verfahren war das anders: Dort hat eine Verurteilung offenbar gehobene technische Kenntnisse vorausgesetzt. Zu der Frage, wem solche zuzutrauen sind, hat das Gericht sogar eigens einen Sachverständigen gehort. Um was für einen Tatvorwurf ging es in diesem Verfahren? Phishing? Skimming? Computersabotage? Die Antwort überrascht: Verurteilt werden sollte der Angeklagte anhand eines Straftatbestands, der keineswegs einen Akt kybernetischer Raffinesse umschreibt, sondern einen unmittelbar greifbaren Vorgang: Den Besitz von Kinderpornographie.

Um das zu verstehen, muss man die Entwicklung des Pornographiestrafrechts nachzeichnen. Im Fokus stand anfangs der Verkauf von Fotos unter dem Ladentisch. Vor zwei Jahrzehnten wandelte sich der Pornographiemarkt radikal und erlebte enormen Zuwachs.

Um das zu verstehen, muss man die Entwicklung des Pornographiestrafrechts nachzeichnen. Kaum ein pädophiler Täter agiert noch mit althergebrachten Foto- oder Videosammlungen.

Bezogen wird Kinderpornographie heutzutage aus dem Internet. Das Material gelangt also nicht mehr auf physischen Trägermaterialien in die Wohnung des Täters, sondern wird dorthin über ein Datennetz übertragen. Es wird oft auch nicht mehr auf Festplatte oder CD gespeichert, sondern in jedem Bedarfssfall einfach wieder über das Netz abgerufen.

Wo bleibt bei solchem Vorgehen der „Datenspeicher“? Und kann man das, was nur auf dem Monitor sichtbar ist, wirklich „besitzen“, das heißt eine gegenständliche Verfügungsmacht darüber ausüben?

Unser Strafrecht wird streng begrenzt durch den Wortlaut seiner Tatbestände. Ein Täter mag noch so sehr unmittelbar Zugriff auf Pornographie erlangen – solange er nicht zugleich Besitz an einem Datenspeicher erlangt, bleibt er straflos.

Die deutschen Gerichte haben dieses Dilemma früh erkannt und das ihnen Mögliche getan: Es wurde unter anderem entschieden, dass schon die automatische Festplattenspeicherung von Internetseiten durch den Browser-Cache und sogar der Datendurchlauf im Arbeitsspeicher den Begriff des „Datenspeichers“ erfüllt. Es bleibt aber die Pflicht, dem Täter nachzuweisen, dass er gewusst hat, was beim Surfen in den Speichern seines PC geschieht – was der Angeklagte im Hamburger Fall fast erfolglos verneint hatte.

Erst das Oberlandesgericht hat schon das gezielte Betrachten einer Bilddatei im Internet unter – offenbar unterstellt – Kenntnis der Speicherung im Arbeitsspeicher für die Strafbarkeit genügen lassen.

Aber kann es angehen, dass der Gesetzgeber die Gerichte mit der Klärung computertechnischer Einzelheiten beschäftigt in Verfahren, in denen es schlicht um Pornographie geht? Kinderpornographie ist dokumentierter Kindesmissbrauch. Kinder werden eigens zu dem Zweck gequält, ihr Leiden filmen und vermarkten zu können. Das ist ein Verbrechen an Leib und Seele! Die Absatzchancen des Internets steigern die Nachfrage, die Nachfrage steigt die Herstellung solcher ekelhaften Produkte. Das deutsche Strafrecht mit seinen Vorstellungen von einer analogen Welt läuft dieser Entwicklung hinterher. Der Gesetzgeber muss es deshalb der digitalen Realität anpassen. Wir müssen die richtigen Worte dafür finden, was verboten oder erlaubt ist. Nutzen wir die geplante EU-Richtlinie zum Kindesmissbrauch/zur Kinderpornographie, um auch im Strafrecht in der Cybertime anzukommen. Wenn sich unser Strafrecht nicht mehr um das Leid von Kindern kümmert, sondern um die Funktion des Browser-Cache, dann hat es eines bitter nötig: das nächste Update.

Die Verfasserin ist bayerische Justizministerin und stellvertretende Vorsitzende der CSU.

„Aber sicher investiere ich.“
Immer den aktuellen Marktzins im Visier.
Mit dem DWS Zinseinkommen.

Suchen Sie in unsicheren Börsenzeiten nicht weiter nach einer geeigneten Geldanlage, informieren Sie sich jetzt bei der Deutschen Bank, der Postbank, bei der Deutschen Vermögensberatung sowie bei vielen weiteren Finanzinstituten und -beratern.

www.DWS.de

GELD GEHT ZUR NR. 1



*Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende Juni 2011. Den Verkaufsprospekt mit Risiko-Informationen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Kostenpauschale bis zu 1,0% p.a. (entsprechend den Vertragsbedingungen im Verkaufsprospekt).



Die meisten Banken wollen Staatshilfe vermeiden

Deutsche und französische Institute möchten Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken / Aufseher warnen vor Kreditklemme

ham/mf. FRANKFURT, 27. Oktober. Die großen europäischen Banken wollen auf Kapitalerhöhungen und Staatshilfen verzichten, um die schärferen Eigenkapitalanforderungen der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) zu erfüllen. Doch Gewissheit herrschte am Donnerstag darüber nicht, denn die Ergebnisse des in 70 Instituten durchgeführten „Blitz-Stresstests“ sind vorläufig. Der festgestellte Ka-



„Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Es geht nicht um Umschuldung, das ist kein Thema, und davon redet niemand, der in der Regierung ein Amt hat.“
Wolfgang Schäuble, am 27. April 2010

pitalbedarf von 106 Milliarden Euro bezieht sich auf die Marktwerte europäischer Staatsanleihen Ende Juni. Im November erst will die EBA endgültige Zahlen auf Basis Ende September veröffentlichen.

Die vorläufigen Einzelergebnisse haben einige Banken veröffentlicht. Die EBA nannte nur den gesamten Kapitalbedarf auf Landesebene: Die deutschen Banken schnitten mit einem Kapitalbedarf von 5,2 Milliarden Euro besser ab als die vier französischen Wettbewerber,

die 8,8 Milliarden Euro benötigen. Die spanischen Banken haben einen Kapitalbedarf von 26,2 Milliarden Euro und die italienischen von 14,8 Milliarden Euro. Aufsichts- und Bankenkreis heißt es, dass der Bedarf den griechischen Schuldenschnitt von 50 Prozent berücksichtigt, weil die Anleihen schon Ende Juni nur mit der Hälfte ihres Nennwertes gehandelt wurden. Die privaten Gläubiger sollen auf Forderungen von insgesamt 100 Milliarden Euro einkommen.

Diese Menge an Kapitalbedarf erfordert, dass aus den Marktwerken europäischer Staatsanleihen und der bis Ende Juni 2012 vorgesehenen Kernaufkapiquote (Core Tier 1) von 9 Prozent diese Kennziffer setzt bei Verlusten sofort haftende Kernaufkapi (in der Regel Aktien und Gewinnrücklagen) zu den risikogewichteten Vermögenswerten wie Krediten oder Wertpapieren ins Verhältnis. Bis zum Jahresende müssen die Banken den nationalen Aufsichtsbehörden Pläne darüber vorlegen, wie sie die geforderte Kapitalquote erreichen wollen. Die meisten europäischen Banken wollen Gewinneinheiten und Risikoaktiva abbauen. Bevor Staatshilfe in Anspruch genommen wird, müssen die Banken nach den EBA-Vorarbeiten zuerst Dividenden und Boni streichen.

Von allen der Abbau von Risikoaktiva zur Freisetzung von Kapital beeinträchtigt die Aufsicht. Das österreichische EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny warnte diesbezüglich vor einer Kreditklemme. „Wir müssen sehr aufpassen, dass es nicht dazu kommt“, sagte er am Donnerstag in einem Radiointerview. „Die Termine sind sehr kurz. Das wird nicht einfach sein, wenn man sich ansieht, wie die Kapitalmärkte derzeit aussehen.“ Die erste von der EBA nahegelegte Möglichkeit, sich Kapital bei privaten Investoren zu

beschaffen, will bislang kein Institut nutzen, auch wenn am Donnerstag die Banken in Reaktion auf die Beschlüsse des EU-Gipfels haussierten.

Jedoch müssen Banken, die wie die deutschen Landesbanken staatliche Eigentümer haben oder schon verstaatlicht wurden, auf den Steuerzahler zurückgreifen. Griechenlands Ministerpräsident Papandreou erwartet die Teilverstaatlichung auf der Basis der Forderungen von insgesamt 100 Milliarden Euro.

Bankenfallen, die sich aber dazu nicht äußerten, wie HSH Nordbank, Deka-Bank und DZ Bank teilten mit, dass bei ihnen kein Kapitalbedarf festgestellt worden sei. Auch die anderen geprüften Institute wie die WGZ Bank, die HRF nach der Auslagerung von 10 Milliarden Euro an griechische Staatsanleihen in die nichts getestete Abwicklungsanstalt FMS Wertpapiermanagement, die Helaba, die West LB, Bayern LB sowie die Landesbank Baden-Württemberg Kapitalbedarf hausten. Würde er der staatlichen Bankinvestitionsfonds Soffin die sich durch den griechischen Schuldenschnitt auf rund 5 Milliarden Euro belaufenden Verluste der FMS Wertpapiermanagement decken müssen. Dafür wird Deutschland eine Anleihe begeben müssen (F.A.Z., vom 22. September).

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken wollen ihren Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Von den 13 getesteten deutschen Ban-

ken weisen dem Vernehmen nach vier eine Kapitallücke auf. Die Commerzbank teilt einen Kapitalbedarf von 2,9 Milliarden Euro mit, die Nord LB von 660 Millionen und die Landesbank Württemberg (LBW) von 364 Millionen Euro. Die restlichen 1,2 Milliarden Euro würden somit auf die Deutsche

bank entfallen, die sich aber dazu nicht äußerten, wie HSH Nordbank, Deka-Bank und DZ Bank teilten mit, dass bei ihnen kein Kapitalbedarf festgestellt worden sei. Auch die anderen geprüften Institute wie die WGZ Bank, die HRF nach der Auslagerung von 10 Milliarden Euro an griechische Staatsanleihen in die nichts getestete Abwicklungsanstalt FMS Wertpapiermanagement, die Helaba, die West LB, Bayern LB sowie die Landesbank Baden-Württemberg Kapitalbedarf hausten. Würde er der staatlichen Bankinvestitionsfonds Soffin die sich durch den griechischen Schuldenschnitt auf rund 5 Milliarden Euro belaufenden Verluste der FMS Wertpapiermanagement decken müssen. Dafür wird Deutschland eine Anleihe begeben müssen (F.A.Z., vom 22. September).

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Von den 13 getesteten deutschen Ban-

ken weisen dem Vernehmen nach vier eine Kapitallücke auf. Die Commerzbank teilt einen Kapitalbedarf von 2,9 Milliarden Euro mit, die Nord LB von 660 Millionen und die Landesbank Württemberg (LBW) von 364 Millionen Euro. Die restlichen 1,2 Milliarden Euro würden somit auf die Deutsche

bank entfallen, die sich aber dazu nicht äußerten, wie HSH Nordbank, Deka-Bank und DZ Bank teilten mit, dass bei ihnen kein Kapitalbedarf festgestellt worden sei. Auch die anderen geprüften Institute wie die WGZ Bank, die HRF nach der Auslagerung von 10 Milliarden Euro an griechische Staatsanleihen in die nichts getestete Abwicklungsanstalt FMS Wertpapiermanagement, die Helaba, die West LB, Bayern LB sowie die Landesbank Baden-Württemberg Kapitalbedarf hausten. Würde er der staatlichen Bankinvestitionsfonds Soffin die sich durch den griechischen Schuldenschnitt auf rund 5 Milliarden Euro belaufenden Verluste der FMS Wertpapiermanagement decken müssen. Dafür wird Deutschland eine Anleihe begeben müssen (F.A.Z., vom 22. September).

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken

wollen

ihren

Kapitalbedarf aus eigener Kraft – vor allem über die Verkleinerung des Handelsbilanz – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale 1,8 Milliarden Euro. Die anderen Banken weisen dem Vernehmen nach einen Kapitalbedarf von Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen werden.

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagt Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hat im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva eingebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernaufkapiquote zu erreichen, müsste die Commerzbank eine Dividende in gleicher Höhe ausrichten, schätzen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dagelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde schaffen werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So werden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro erhalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigener die Kernaufkapiquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken